

Femina Politica Heft 1/2022: Vor der Tür. Intersektionale Dimensionen von Armut und Ausbeutung

Seit geraumer Zeit warnen NGOs auf staatlicher sowie transnationaler Ebene vor erhöhten Armutsrisiken für immer größere Bevölkerungsgruppen. Die Neoliberalisierung westlich-moderner Sozial- und Wohlfahrtsstaaten ebenso wie die Austeritätspolitik im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Armutsrisiken deutlich erhöht und bleiben auch in Zeiten der Autoritarisierung akut. Die weltweite Corona-Pandemie verschärft diese Tendenzen und bringt zugleich neue politische und sozio-ökonomische Krisen hervor: So ist zu erwarten, dass sich der Kreis der von Armut Betroffenen ausweiten wird und Formen „extremer Armut“ selbst in jenen Staaten zunehmen werden, die über ein Sozialstaatssystem oder zumindest sozialpolitische Mindestsicherungen verfügen. Ebenso drohen in vielen Ländern des globalen Südens aktuell neue Hunger- und Überlebenskrisen durch Einkommensausfälle und unzureichende Unterstützungsprogramme. Explizit gefährdet sind durch sich ausweitende Verarmungsprozesse vor allem jene, die ohnedies besonders verletzlich und marginalisiert sind, gerade auch Frauen*.

Armut ist demnach ein multidimensionales und transnationales Phänomen: Ausbeutungsverhältnisse im Kontext globalisierter Wertschöpfungsketten, die gesellschaftliche Strukturen in Ländern des globalen Südens zerstören, haben ebenso globale Auswirkungen wie die Externalisierung von Arbeit, die bspw. in der Textilindustrie oder durch die Digitalisierung von Arbeit forciert wird und damit sozialrechtliche Absicherungen umgeht und prekäre Lebensbedingungen hervorbringt. Zugleich muss Armut im Kontext historischer Gewordenheiten, z.B. der Durchsetzung kapitalistischer Wirtschafts- und Lebensformen nach der Auflösung des Sowjetblocks und hinsichtlich kolonialer Kontinuitäten betrachtet werden, die sich auf unterschiedlichen Ebenen in aktuelle (trans-)nationale Politiken übersetzen und auf Geschlechterverhältnisse Einfluss haben.

Die Forschungen der letzten Jahrzehnte legen für westliche Wohlfahrtsstaatsregime offen, dass Armut politisch und medial vielfach als individuelles Problem markiert wird. Diese Diskurse tragen dazu bei, den Abbau sozialstaatlicher Leistungen bei gleichzeitigem Ausbau staatlicher Sanktionierungsmöglichkeiten ebenso zu legitimieren wie die strafrechtliche Einhegung armer Bevölkerungsgruppen oder die besondere Beobachtung bestimmter Wohnquartiere. Als vermeintlich individuelles Problem wird strukturelle Armut zudem häufig in einer ‚anderen Zeit‘ oder einem ‚anderen geografischen Raum‘ verortet und mit dem Narrativ der demokratischen Rückständigkeit oder mangelnder Souveränität verknüpft. Dadurch werden trans-

nationale hierarchische Verflochtenheiten, die zur Produktion von Armut beitragen, ebenso ausgeblendet, wie der Umstand, dass Armut durch miteinander verschränkte soziale Ungleichheitskonstellationen hervorgebracht wird und mithin, dass sich Armut an der Achse Ein-Drittel/Zwei-Drittel-Welt anordnet. Eine intersektionale und transnationale Perspektive ist demnach zentral, um Armut zu erfassen – und zugleich ein Forschungsdesiderat in derzeitigen Debatten.

Die Geschichte der Armut ist und war auch immer eine des Widerstands: Sei es weltweit durch Streiks, lokale und transnationale Protestbewegungen wie Armuts-, Ernährungssouveränitäts- oder Wohnungsloseninitiativen und national oder transnational organisierte Lobbygruppen. Nicht zuletzt werden in letzter Zeit in Forschung und Lehre Themen wie Exklusion, Armut und Klassismus – nicht unhinterfragt – expliziter in den Blick genommen.

Dieses Schwerpunktheft will aus intersektionaler und dabei insbesondere geschlechtersensibler Perspektive Armut, deren gegenwärtige und historische Ursachen sowie die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung in den Mittelpunkt rücken. Im Sinne der unterschiedlichen Ansätze innerhalb der Forschung sowie der Herausforderungen, Armut zu erfassen, verstehen wir Armut als multi-dimensionales Phänomen und fokussieren drei miteinander verschränkte Aspekte: erstens als Ausdruck sozio-ökonomischer Ungleichheit, zweitens als alltäglicher Lebensprozess und Erfahrung sowie drittens als affektives Verhältnis.

Von besonderem Interesse sind theoriegeleitete empirische sowie theoretische Beiträge zu folgenden Themen:

- ▶ Welche Aspekte von Armut müssen berücksichtigt werden, um Armut als komplexes Phänomen besser zu erfassen? Wie kann Armut als Ergebnis von Mehrfachdiskriminierung aus feministisch intersektionaler Perspektive theoretisiert werden? Wie gelingt es, sozio-ökonomische Aspekte, alltägliche Erfahrungen und Gefühle sowie globale bzw. transnationale Dimensionen von Armut und Verarmung zusammenzudenken? Und was sind die method(olog)ischen Konsequenzen?
- ▶ Welche alten und neuen Armutsdiskurse – Stichwort Kriminalisierung, Stigmatisierung, shaming, Abstiegsdebatten, deserving/undeserving poor – sind gegenwärtig zu beobachten? Wie positionieren sich die politischen Akteur*innen in diesen Debatten, welche Rolle spielen sie beim politischen Umgang mit Armut und welche politischen Konstellationen bringen welche Armutspolitiken hervor?
- ▶ Welche Formen der Vereinnahmung von Armut sind derzeit beobachtbar – etwa im Sinne einer „neuen Mitleidsökonomie“, aber auch rechter „Nationalsozial“-Politiken – und welche Rolle spielen hier intersektionale Geschlechterperspektiven? Wie tragen aktuelle staatliche und/oder transnationale Maßnahmen, wie etwa Stadtraum-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken oder Entwicklungspolitiken zur Ausweitung oder Bekämpfung von Armut bei?

- Welche Formen der (Selbst-)Organisierung und des Widerstands verweisen nicht nur auf wichtige (Überlebens-)Kämpfe, sondern auch auf Möglichkeiten politischer Handlungsmächtigkeit, Aneignung und Partizipation? Und welche (informellen) Unterstützungsnetzwerke und politischen Praxen tragen hierzu bei?

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Brigitte Bargetz und Jana Günther betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts bis zum **31. Mai 2021** an b.bargetz@politik.uni-kiel.de und jana.guenther@h-da.de oder redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen* in und außerhalb der Hochschule. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen* bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **15. Juni 2021** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **15. September 2021**. Die Angaben zu den Autor*innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer-Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied aus dem Herausgeberinnenteam. Ggf. kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis spätestens **15. November 2021**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen. Der Abgabetermin für die Endfassung des Beitrags ist der **15. Januar 2022**.